

Niederschrift
22. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Frauen
DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Sitzungstermin:	Mittwoch, 10.09.2003
Sitzungsbeginn:	17:07 Uhr
Sitzungsende:	18:20 Uhr
Ort, Raum:	35037 Marburg, Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt

Anwesend waren

vom Ausschuss:

Herr Chatzievgeniou,	SPD	
Frau Daser,	SPD	
Frau Dersch,	CDU	für Frau Gottschlich
Frau Gottschaldt,	PDS/ML	
Frau Lotz-Halilovic,	SPD	
Frau Mehnert,	CDU	
Frau Perabo, Dr. (Vorsitzende)	B 90 / Die Grünen	
Herr Schäfer,	B90 / Die Grünen	
Herr Schwindack,	BfM / FDP / MBL	(Zählgemeinschaft)
Herr Severin,	SPD	
Frau Gottschlich,	CDU	entschuldigt
Herr Kissel,	CDU	entschuldigt

vom Magistrat: Herr Stadtrat Dr. Kahle

von der Verwaltung: Frau Volkert, Herr Pöppler (FB Familie, Jugend und Soziales)

von der Agenda Soziales: Frau Bastan-Bahreini

vom Ausländerbeirat: Frau Engel

vom Seniorenbeirat: Herr Dietrich

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Protokoll:

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.07.2003

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben.

**TOP 2 Antrag des Seniorenbeirates an den Magistrat zur Kenntnisnahme bzgl.:
Betreutes Wohnen/Service-Wohnen für Senioren und Behinderte**

Die Mitglieder nehmen die Vorlage des Seniorenbeirates zur Kenntnis. Stadtrat Dr. Kahle macht für den Magistrat deutlich, dass nach Rücksprache mit der GeWoBau es erhebliche bauliche Probleme bedeutet, die Wohnungen der Häuser Sudetenstraße 22, 26 und 26 a in Betreutes Wohnen / Service Wohnen für Senioren und Behinderte umzugestalten. Problematisiert wird eine Vermischung der Gruppen von Senioren und Behinderten. Die spezifischen Wohnsituationen sind nicht immer deckungsgleich.

Auf Vorschlag der Vorsitzenden sprechen sich die Mitglieder dafür aus, dass der Magistrat gemeinsam mit der GeWoBau abklärt, wo Betreutes Wohnen / Senioren-Wohnen und Behindertengerechtes Wohnen in den Wohnungen der GeWoBau möglich ist bzw. in welchen Wohnungen dies realisiert werden kann.

**TOP 3 Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Bremer Erklärung zur
Gleichstellung Behinderter
Vorlage: VO/1668/2003**

Herr Chatzievgeniou spricht für den Antrag. Nach Zustimmung durch die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen tritt die PDS der Vorlage bei.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

**TOP 4 Berichte des Magistrats
-Ergebnis des Gesprächs mit den Wohnungsbaugesellschaften bzgl. Fehlbelegungsabgabe
-Stand 'Gemeinsame Beschwerdestelle Altenhilfe' und Altenhilfeplanung**

a) Fehlsubventionsabgabe

Stadtrat Dr. Kahle berichtet über das Gespräch mit den Wohnungsbaugesellschaften wegen der Fehlsubventionsabgabe am 27.08.2003

Teilnehmer/innen:	Herr Schulte	GeWoBau
	Herr Stolp	Marburger Spar- und Bauverein
	Herr Keul	GWH
	Herr Bluhm	Wohnstadt GmbH
	Herr Morawitz	Wohnstadt GmbH
	Frau Volkert	FBL 5.2
	Herr Jakob	FDL 55
	Stadtrat Dr. Kahle	Stadt Marburg

Stadtrat Dr. Kahle führt aus, dass die Problematik der Fehlsubventionsabgabe mit den Vertretern der Wohnungswirtschaft eingehend diskutiert wurde. Die Stadt Marburg ist mit 84 weiteren Gemeinden durch eine Rechtsverordnung der Landesregierung zur Erhebung der Fehlsubventionsabgabe verpflichtet. Eine Herausnahme aus der Erhebungspflicht ist nur durch das Land Hessen möglich, wenn der Verwaltungsaufwand für die Erhebung in einem unangemessenen Verhältnis zu den erwarteten Einnahmen steht.

Das trifft für Marburg derzeit nicht zu. Die Einnahmen aus der Fehlsubventionsabgabe bei 1,5 Stellen belaufen sich auf ca. 460.000 € für 2003.

In der Gesprächsrunde bestand Konsens darüber, zu versuchen eine Verminderung der Fehlsubventionsabgabe zu erreichen, durch:

1. Verminderung der Miethöchstbeträge
2. Einordnung Marburg in eine niedrigere Mietstufe wie z.B. Kassel, Gießen und Wetzlar

Im Ausschuss besteht Einigkeit darüber, dass der Magistrat entsprechend des Konsenses der Gesprächsrunde tätig wird.

b) Beschwerdestelle Altenhilfe

Stadtrat Dr. Kahle berichtet über den Stand der Gemeinsamen Beschwerdestelle Altenhilfe und führt aus, dass für die Arbeit Räume in der Universitätsstraße 4 gefunden wurden.

c) Gewalt von und unter Jugendlichen

Stadtrat Dr. Kahle macht auf eine Initiative des Fachdienstes Jugendförderung aufmerksam über einen Informationsaustausch zum o.g. Thema am 23.09.2003.

Die Einladung und die Verteilerliste werden der Niederschrift beigelegt.

d) Zusammenführung Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe

Stadtrat Dr. Kahle informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass die Gesetzentwürfe Hartz III und IV vorliegen. Eine Kurzzusammenfassung, die von Herrn Pöppler entworfen wurde, wird den Anwesenden verteilt.

Frau Volkert ergänzt, dass zwischenzeitlich auch der Gesetzentwurf zum neuen SGB XII (ehemals BSHG) vorliegt. Ebenso liegt der Gesetzentwurf der Hessischen Landesregierung zum Existenzgrundlagengesetz (Hessische Variante eines neuen BSHG) vor.

TOP 5 Verschiedenes

- a.) Die Vorsitzende macht auf die verteilte Einladung zum 3. Marburger Suchthilfetag am 08.10.2003 aufmerksam und weist darauf hin, dass am gleichen Tag der Sozialausschuss tagt.

Es besteht Einigkeit im Ausschuss, dass die Sitzung des Sozialausschusses am 08.10.2003 aus diesem Grund erst um 18.00 Uhr beginnt.

- b.) Die angestrebte gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses mit dem Seniorenbeirat der Stadt Marburg ist für die Dezember-Sitzung am 10.12.2003, 17.00 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaal vorgesehen. Diskussionsthema soll die bestehende und künftige offene Altenarbeit sein. Nach der gemeinsamen Diskussion werden ggf. weitere Tagesordnungspunkte des Sozialausschusses behandelt.

- c.) Frau Lotz-Halilovic fragt nach der derzeitigen Bearbeitungszeit von Wohngeldanträgen. Stadtrat Dr. Kahle erklärte, dass die Bearbeitungszeit derzeit 4 – 8 Wochen beträgt.
- d.) Frau Lotz-Halilovic fragt, ob die Angelegenheit „Leitung KiTa´s Richtsberg“ im Jugendhilfeausschuss behandelt wird und bringt ihren Unmut über das bisherige Verfahren zum Ausdruck. Stadtrat Dr. Kahle erklärt in diesem Zusammenhang die bisherige und weitere Verfahrensweise.

Stadtrat Dr. Kahle macht auf ein Schreiben des Hessischen Sozialministerium bzgl. „Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen“ aufmerksam, welches der Niederschrift beigefügt wird.

Marburg, 10.09.2003

Vorsitzende:

**Dr. Christa Perabo
Stadtverordnete**

Protokoll:

**Uwe Pöppler
Amtmann**